

# INDABA

Das SADOCC-Magazin für das Südliche Afrika

103/19

ÖSTERREICH

Nelson  
Mandela-Tag

SÜDAFRIKA

Mary Burton  
im Interview

MOÇAMBIQUE

Katholizismus und Politik



# SADDOCC

Das Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika in Wien setzt sich für eine solidarische Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik gegenüber den Ländern des Südlichen Afrika ein.

## SADDOCC

- » **Dokumentation und Bibliothek in**  
1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1  
(Öffnungszeiten: Dienstag 14.00-18.00)  
Tel. 01/505 44 84  
Fax 01/505 44 84-7  
www.sadocc.at
- » **das quartalsweise erscheinende Magazin INDABA**
- » **monatliche Veranstaltungen: »Forum Südliches Afrika«**
- » **Stadtspaziergänge »Afrikanisches Wien«**
- » **Projekt Jugendzentrum in Soweto**
- » **Nelson Mandela-Tag jeden 18. Juli**

Interessierte Einzelpersonen und Institutionen können SADDOCC durch ihren Beitritt als unterstützende Mitglieder fördern. In der Mitgliedsgebühr von jährlich EUR 30,- (für Institutionen EUR 50,-) sind sämtliche Aussendungen und Einladungen enthalten.

Das Abonnement von INDABA kostet EUR 18,-.

Abo- oder Mitgliedsbeitrags-Einzahlungen auf unser Konto bei der BA-CA, BLZ 12000, Konto 610 512 006, IBAN AT57 1200 0006 1051 2006, BIC BKAUATWW; Spenden erbeten auf Konto: BAWAG/PSK, BLZ 60000, Kto-Nr. 93.009.960, IBAN AT70 6000 0000 9300 9960, BIC BAWAATWW.

## Mitarbeit bei SADDOCC

Willkommen, wenn Sie sich für praktische Solidarität mit dem Südlichen Afrika interessieren!

### **SADDOCC-Aktionsgruppe Südafrika:**

Fundraising für Jugendzentrum IKAGENG in Soweto

### **jährlicher Nelson Mandela-Tag**

am 18. Juli, Kontakt: office@sadocc.at

### **Österreichische Namibia-Gesellschaft:**

2020 feiern wir 30 Jahre  
Unabhängigkeit Namibias!  
Kontakt: namibia@sadocc.at

## SADDOCC-Flohmarkt

Unsere Bibliothek verfügt über zahlreiche Dubletten (wissenschaftliche oder graue Literatur) zu Südafrika, Zimbabwe, Namibia und Moçambique (auch in Portugiesisch) sowie zu anderen ausgewählten afrikanischen Ländern. Interessent/inn/en, die darin stöbern wollen, sind willkommen, Preise verhandelbar. Anmeldung erbeten unter office@sadocc.at.

**3**

**Nelson Mandela-Tag**

»67 Minuten Wohltätigkeit« ändern nichts am System, meint Sello Hatang von der Nelson Mandela Foundation



**Horst Kleinschmidt zum Mandela-Tag**

4

**Nachruf auf Robert Mugabe**

7

**11**

**Mary Burton im Interview**

Über unerledigte Fälle der Wahrheitskommission und die gefährdete Menschenrechtskultur in Südafrika

**Namibia aktiv für Atomteststopp**

14

**16**

**Malawi: 25 Jahre Demokratie**

Bernhard Bouzek über die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen

**Friedensabkommen in Moçambique**

18

**Der Journalist Paul Kolisch und Afrika**

19

**24**

**Katholizismus in Moçambique**

Josef Pampalk konstatiert einen Zwiespalt zwischen Kolonial- und Volkskirche, der bis heute anhält. Und: Papstbesuch in Maputo

IMPRESSUM: **Herausgeber und Medieninhaber (Verleger):** Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika (1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1). E-Mail: office@sadocc.at URL: www.sadocc.at. **Druck:** Medienfabrik Wien **Papier:** Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier. **Art Direction:** Sander Design (1060 Wien). **Layout:** Dechant Grafische Arbeiten. **Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe:** Bernhard Bouzek, Christa Hager, Sello Hatang, Horst Kleinschmidt, Franz Kotrba, Adalbert Krims, Peter Kuthan, Josef Pampalk, Martina Penzenauer, Walter Sauer, Daniel Stögerer, Hemma Tengler, Norton Titus, Daniela Waldburger. **Fotos:** Sonja Bachmayer, Mary Burton, Lisa Kapici und Carina Karlovits/HBF, Franz Kotrba, SADOCC, Walter Sauer, www. **Redaktionsschluß dieser Ausgabe:** 8. September 2019. **Konto:** BACA, IBAN AT 571200 0006 1051 2006, BIC BAWAATWW; **Spenden** erbeten auf Konto: BAWAG/PSK, IBAN AT70 6000 0000 9300 9960, BIC OPS-KATWW. Dem **Beirat** von SADOCC gehören an: Reginald Austin, Harare/London; Johann Gattringer; Ingeborg Grau; Helmuth Hartmeyer; Peter Jankowitsch; Peter Katjavivi, Windhoek; Horst Kleinschmidt, Kapstadt; Adalbert Krims; Shula Marks, London; Kirsten Rütther; Godwin Schuster.



# Nelson-Mandela-Tag: Der nächste Schritt ist soziale Gerechtigkeit

*Die weltweite Verehrung Nelson Mandelas hat häufig zu einer Verwässerung seiner politischen Positionen geführt. In Südafrika selbst sind die »67 Minuten gemeinnützige Arbeit« am 18. Juli vielfach zum Alibi eines ineffizienten Verwaltungsapparats geworden. Sello Hatang, Geschäftsführer der Nelson Mandela-Stiftung in Johannesburg, ruft nun anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Gedenktags zu seiner Re-Politisierung auf.*

**W**ährend der 1970er- und 80er-Jahre gab es weltweites Engagement für die Beendigung der Apartheid. Es gab großzügigere Geldmittel für die Zivilgesellschaft als heute. Doch mit der Demokratisierung und als die Gefahr eines Blutbads in Südafrika erfolgreich abgewehrt war, wurden die Fördermittel aus aller Welt von der Zivilgesellschaft an die neue Regierung umgeleitet. Unbestreitbar ist die Zivilgesellschaft heute viel sichtbarer als vor 20 Jahren, und die Kritik an ihrem Auftrag, ihrer Verantwortlichkeit und an ihrer Finanzierung ist gewachsen. Doch Armut und gesellschaftliche Ungleichheit sind ebenfalls gewachsen.

Die heutigen Probleme wirken viel schwerer lösbar als jene der 1990er-Jahre. Es gibt keinen einzelnen Feind mehr, sondern ein komplexes Netzwerk von sich überschneidenden Unterdrückungsstrukturen und -systemen. Die Südafrikaner/innen sind immer noch gezeichnet von den Traumata der Vergangenheit und unsicher darüber, wie diese am besten geheilt werden können.



*Mandelas Antrittsrede in der »Notgalerie« in der Seestadt*

Viele von uns sind im politischen, wörtlichen und übertragenen, Sinn landlos geblieben. Viele von uns fürchten sich davor, nach Einbruch der Dunkelheit das Haus zu verlassen, sofern sie überhaupt ein Haus haben. Viele von uns sind von der Selbstverwirklichung ausgeschlossen, die eine formale Bildung verspricht. Wir alle sind durch Regierungskorruption und Mißwirtschaft beraubt worden.

Eine Frage bedrängt uns alle: Wie geht es mit uns weiter?

**I**m Bemühen um eine Lösung der Armuts- und Ungleichheitskrise haben wir die Mandela-Initiative ins Leben gerufen, um die Ursachen für die Krise gründlich zu erforschen und um Modelle zu erstellen, wie Lösungen aussehen könnten. Diese Initiative war ein universitär gesteuertes nationales Unterfangen, gemeinsam mit der Nelson-Mandela-Foundation, mit Regierungsbehörden auf Gemeinde-, Provinz- und Landesebene, mit der Privatwirtschaft, der Zivilgesellschaft,



# Mandela Day

Wir hoffen und glauben, daß diesem Versuch jetzt ein Ende gemacht wird. Die drei Untersuchungsausschüsse, Präsident Cyril Ramaphosa selbst und die bemerkenswert unabhängige Gerichtsbarkeit haben die Bremse gezogen, damit Südafrika nicht in die Kategorie eines »failed state« fallen wird. Wir sind voller Hoffnung, daß eine neue Basis geschaffen worden ist, um gegen die vielen Widersprüchlichkeiten in unserem Land zu arbeiten.

Unsere Aufgabe ist groß: Wir können nicht das Land mit der größten sozialen Ungleichheit der Welt bleiben. Wir können nicht mit einem verfehlten Erziehungssystem weitermachen, das wir unseren jungen Menschen aufgezwungen haben. Wir müssen und können Grund und Boden nach offenen und demokratischen Prinzipien umverteilen. Wir müssen unsere Städte erneuern, die noch immer nach Schwarz/Arm und Weiß/Reich getrennt bzw. durch Rasse und Klasse strukturiert sind. Wir begrüßen die Ankündigung unserer Staatsanwaltschaft, die fast 300 Verfahren, die ihr vor fast zwanzig Jahren von der Wahrheits- und Versöhnungskommission übergeben wurden, wieder aufzurollen (vgl. S. 11). Das ist wichtig. Das Leid und die Gebrochenheit, die von der Apartheid erzeugt wurden, können nicht aufgearbeitet werden, wenn es hier nicht zu Anklagen kommt – wenn Verbrechen nicht bestraft und öffentlich gemacht werden.

Daher fordere ich Euch am heutigen Tag auf, bei all Eurem Eintreten gegen ungünstige Tendenzen in Eurem eigenen Land uns nicht zu vergessen. Fahrt fort, uns in Solidarität – auch mit Kritik wenn erforderlich – zu begleiten. Unsere Tage des Aufschwungs und des Erfolgs werden wiederkehren. Bleibt am Ball! Das ist ein nobles Unterfangen: Bildung, um Aufmerksamkeit hervorzubringen. Ihr macht genau das Richtige.

Die Welt, in der wir leben, braucht internationale Solidarität. Wir brauchen Euch – und ich bin sicher, daß Ihr uns in gleicher Weise braucht!

*Englische Version der Rede auf der Website der südafrikanischen Botschaft:*

*[www.suedafrika-botschaft.at/home-newsdetails/datum/2019/07/18/](http://www.suedafrika-botschaft.at/home-newsdetails/datum/2019/07/18/)*

*[nelson-mandela-day-vienna-nelson-mandela-platz-18-july-2019.html](http://nelson-mandela-day-vienna-nelson-mandela-platz-18-july-2019.html)*

ter« (»Mandela-Tag: Das nächste Kapitel«), ist ein Engagement für nachhaltige Schritte im Kampf gegen Armut und ihre Ursachen. Gewiß ist der Nelson Mandela-Tag inzwischen selbst zur Marke geworden, zu einer Aufforderung zu handeln, einer Botschaft. Er wird weiterhin Menschen in aller Welt dazu auffordern, Madibas Erbe auf ihre eigene Art umzusetzen und ihn durch Freiwilligen-Arbeit mit Schwerpunkt auf soziale Gerechtigkeit in ihrer Gemeinschaft zu ehren.

In Zukunft wird diese Gesamtausrichtung auf globale Dimensionen der Kampagne beibehalten werden. Wir werden uns auf ein Netz von Partnern verlassen, sowohl um sich für die Kampagne einzusetzen als auch um sie mit thematischen Schwerpunkten in einzelnen Ländern oder in anderen Kontexten zu versehen.

Innerhalb Südafrikas jedoch wird die Kampagne direkt mit der Dialog- und Lobbyarbeit der Stiftung verbunden sein; sie wird darauf ausgerichtet sein, den örtlichen Gemeinschaften sowohl durch direkte Unterstützung als auch durch politische Maßnahmen zu helfen. Die Kampagne wird sich direkt auf soziale Probleme konzentrieren, deren Vorhandensein sich einerseits aus Forschung und Analyse, andererseits aus dem Dialog und anderen Arten von Tätigkeiten auf lokaler Ebene ergeben hat. Die Aktionen der Kampagne werden Aktivismus gegen Ungerechtigkeit und Lobbyarbeit für entsprechende Veränderungen der staatlichen Politik unterstützen.

Während der umfassende Appell und die integrative Ausrichtung der Kampagne bestehen bleiben – Menschen sollen überall weiterhin frei sein, unter dem Dach des Nelson Mandela-Tags jene Art von Aktionen zu setzen, die sie für ihre Gemeinschaft wichtig

**Aktiv für  
soziale  
Gerechtigkeit**



# Zimbabwe: Robert Mugabes monströses Vermächtnis

Die Nachrufe auf den im fernen Singapur verstorbenen Langzeitmachthaber Robert Gabriel Mugabe könnten kaum kontroversieller sein, über den nicht nur von der ZANU/PF-Regierung zur panafrikanischen Ikone stilisierten »Helden des Befreiungskampfs« und »Gründungsvater Zimbabwes« bis hin zum »ruchlosen Despoten« und »Inbegriff des Bösen«. Die Reaktionen reichen von Trauer bis zur Wut, daß er für die zahlreichen Menschenrechtsverletzungen seiner fast vier Jahrzehnte langen, autokratischen Herrschaft nicht mehr zur Verantwortung gezogen werden kann.

Wie schon zu Lebzeiten spaltet Mugabe weiterhin das Land und die Weltöffentlichkeit. Das ist Teil seines monströsen Vermächtnisses, so als ob auf makabre Weise die Drohung seiner Frau Grace Wirklichkeit werden würde, er werde Zimbabwe auch noch aus dem Grab heraus regieren. Tatsächlich sind seit seiner Entmachtung durch den einstigen Adlaten Mnangagwa alle hoch fliegenden Hoffnungen auf eine Wende und damit ein Ende des »Systems Mugabe« enttäuscht worden.

Für uns Student/innen der 68er-Bewegung war der Befreiungskampf der Völker im Südlichen Afrika und der Aufstand gegen die rassistischen Apartheidregimes in Rhodesien und Südafrika eine große Inspiration. Nicht die »zivilisatorische Mission« der europäischen Siedler hat dort das allgemeine Wahlrecht *one man one vote* durchgesetzt, sondern letztlich der bewaffnete Kampf der Befreiungsbewegungen, dem unsere solidarische Un-

terstützung galt. Die Rolle Mugabes war dabei aufgrund seiner akademischen Bildung und Eloquenz eher die eines Sprechers und Chefverhandlers als die eines Kämpfers. Innerhalb der ZANU fielen seinem Machtstreben aber etliche Rivalen zum Opfer, die sich posthum verbrämt in den Straßennamen der Hauptstadt wiederfinden, wie Josiah Tongogara oder Herbert Chitepo.

Auch mit der in der Patriotischen Front verbündeten ZAPU unter Joshua Nkomo machte Mugabe bald nach der Unabhängigkeit kurzen Prozeß, indem er sie pauschal als vom Apartheidregime Südafrikas gesteuerte Dissidenten diffamierte und die berüchtigte Fünfte Brigade ins Matabeleland beorderte, deren *Gukurahundi*-Massakern über 20.000 Zivilisten zum Opfer fielen. Ein dunkles Kapitel, das nach wie vor seiner Aufarbeitung harret.

Die Spur der Einschüchterung und Verfolgung jeglicher Opposition durch ungestrafte Gewalt und Terror zog sich von da an weiter über jede Wahlauseinandersetzung bis zu den Farmbesetzungen, die Räumung der Chiadzwa-Diamantenfelder (bis zu 800 Tote) oder die *Operation Murambatsvina* gegen informelle Straßenhändler und Siedler mit bis zu 700.000 Vertriebenen in den 2000er Jahren. Nicht von ungefähr hat sich Mugabe einmal mit einem *degree in violence* gebrüstet und mit Adolf Hitler verglichen. Ein echter Demokrat war er nie, sonst hätte er sein Land nicht – per Dekret am Parlament vorbei – in das blutig-desaströse Kongoabenteuer geschickt, von dem nur die Mili-

tärspitzen durch Plünderung und Schmuggel profitiert haben.

Zimbabwe war nach der Unabhängigkeit 1980 aufgrund seiner Bodenschätze, der guten Infrastruktur und differenzierten Landwirtschaft inklusive weiterverarbeitender Industrie gut aufgestellt und wurde nicht von ungefähr der »Brotkorb Afrikas« genannt. Starke Investitionen ins Bildungswesen, in Gesundheit und Wohnbau hoben spürbar die Lebensbedingungen und beförderten den Optimismus der ersten »Entwicklungsdekade«. Die Wende kam in den 90ern mit zunehmender Korruption und Patronage, aber auch mit den Daumenschrauben der von IMF und Weltbank verordneten Sparprogramme und Wirtschaftsliberalisierung. Daraus erwachsender Unmut und Widerstand – vor allem getragen von NGOs in den urbanen Zentren und der Gewerkschaftsbewegung – führte zur ersten empfindlichen Niederlage Mugabes bei einem Verfassungsreferendum, das seine Exekutivgewalt ausbauen sollte. Daraus entstand mit der *Bewegung für Demokratischen Wandel* eine echte Opposition.

Seine Antwort war die Mobilisierung der bis dahin eher vernachlässigten Kriegsveteranen als Mobilgarde einer überhasteten *fast track*-Landreform, die nicht nur den Agrarsektor empfindlich störte. Das Antasten der überkommenen – und durch die Lan-





zung Belege für eine koordinierte Vorbereitung der Unruhen vor. So habe es in verschiedenen Teilen der Provinz Gauteng Massenversammlungen gegeben, die unmittelbar in die Aktionen übergegangen wären, darunter in *Mzimhlophe Grounds* in Soweto, Alexandra, Randburg, Ezibayeni in Hillbrow und Part Two in Diepsloot. Auffallend sei weiters die aggressive Beteiligung zulu-sprachiger Männer aus den Hostels in Alexandra oder Jeppetown gewesen. Ob an diesen Vermutungen etwas dran ist oder sie dem Bereich



Schlägertrupp vor dem Hostel in Jeppetown

der Verschwörungstheorien zuzuordnen sind – wissenschaftlich ist erwiesen, daß im Hintergrund der fremdenfeindlichen Ausschreitungen, die in Südafrika seit Jahren regelmäßig auftreten, die anhaltende soziale Misere steht, die durch einflußreiche Hintermänner jederzeit in Gewalttätigkeit verwandelt werden kann (INDABA 93/17).

Die Taktik ist dabei immer dieselbe: Für die sozialen Probleme – Arbeitslosigkeit, Drogenhandel, Kriminalität etc. – werden einzig und allein Ausländer verantwortlich gemacht. Ab Montag, 2. September, zogen jedenfalls hunderte Menschen durch das von nigerianischen Einwanderern dominierte Zentrum von Johannesburg, plünderten Geschäfte und setzten Autos und Gebäude in Brand. Sicherheitskräfte

setzten Tränengas und Gummigeschosse gegen die Randalierer ein. In KwaZulu-Natal und anderen Regionen wurden LKWs angezündet und ausländische Lenker attackiert. Innerhalb weniger Tage wurden nach Polizeiangaben mindestens 400 Personen verhaftet. Mehrere afrikanische Staaten, darunter Namibia, warnten ihre Bürger/innen vor Reisen nach Südafrika. Die nigerianische Regierung protestierte heftig, sagte ihre Teilnahme an einer Wirtschaftskonferenz in Kapstadt ab und schickte Flugzeuge, um ausreisewillige Staatsbürger/innen auszufliegen. Pretorias Botschaft in Abudja mußte umständehalber geschlossen werden, vereinzelt wurden südafrikanische Einrichtungen überfallen. In Südafrika selbst fürchtet man Gegenangriffe von Immigrant/inn/en, die sich zu Selbstschutzorganisationen zusammengeschlossen haben.

Kritik wurde an der späten Reaktion der Regierung geübt. Während Ramaphosa die Ausschreitungen am Dienstag verurteilte, wurden die zuständigen Minister seines Kabinetts erst einen Tag später aktiv. Dabei setzt man (s. o.) vor allem auf polizeiliche Mittel. Von geeigneten Maßnahmen, die Ursachen von Xenophonie in Südafrika zu beseitigen, ist die Regierung noch weit entfernt.

**Korrumpierte Unterrichtsministerin verurteilt.** Namibias *Minister of Education, Arts and Culture*, Katrina Hanse-Himarwa, kam am 9. Juli ihrem Hinauswurf aus der Regierung zuvor und reichte bei Staatspräsident Hage Geingob ihren Rücktritt ein. Tags zuvor hatte Richter Christie Liebenberg vom namibischen *High Court* Hanse-Himarwa für schuldig erklärt, ihre Funktion als Gouverneurin der Hardap Region im Jahr 2014 mißbraucht zu haben, um ihr nahe-

stehende Personen auf der Warteliste für das Wohnbauprogramm nach vorne zu reißen. Wie Liebenberg erklärte, hatte die Ministerin außerdem bei ihrer Aussage unter



Katrina Hanse-Himarwa

Eid gelogen, was als erschwerend gewertet wurde. Das Urteil wurde zwei Wochen später verkündet und fiel eigentlich relativ milde aus: eine Geldstrafe von 50.000 Nam-Dollar (ca. 3.000 Euro, etwa zwei Drittel eines Ministergehalts pro Monat) oder 24 Monate Haft plus eine weitere Haftstrafe von 12 Monaten, bedingt auf fünf Jahre unter der Voraussetzung, daß die Verurteilten ihr Verbrechen nicht wiederholt. Der Urteilsspruch wurde von Anhängerinnen der Ministerin im Zuschauerraum lautstark begrüßt.

Katrina Hanse-Himarwa (52) galt als Nachwuchshoffnung der Regierungspartei SWAPO, obwohl ihre Amtsführung als Ministerin regelmäßig umstritten war. 2016 führte ihre arrogante und konfrontative Politik zu einem erbitterten Lehrer/innenstreik, der nur mit Mühe beendet werden konnte (INDABA 92/16).

Trotz der gerichtlichen Verurteilung und ihres Rücktritts als Kabinettsmitglied ist Hanse-Himarwa nach wie vor Parlamentsabgeordnete und gehört dem SWAPO-Zentralkomitee an. Laut der namibischen Verfassung dürfen zu Gefängnisstrafen verurteilte Personen keine politischen Ämter mehr bekleiden. Ob dies auch für »bedingt« zu Gefängnisstrafen Verurteilte gilt, ist umstritten. Die Regierungspartei hat Hanse-Himarwa jedenfalls auf die Kandidatenliste für die bevorstehen-





Mary Burton, Sie haben mehrmals über das »unfinished business«, die unerledigten Aufgaben der Wahrheits- und Versöhnungskommission (TRC) gesprochen, und daß man sie einer Erledigung zuführen sollte. Worum geht es dabei konkret?

Die unerledigten Aufgaben der Wahrheitskommission fallen grob gesprochen in zwei Bereiche: Der eine betrifft die Reparationszahlungen an die Opfer und der andere die Strafverfolgung jener Täter, die entweder nicht um Amnestie ansuchen wollten oder denen eine Amnestie verweigert wurde. Was die Reparationen betrifft, so ist das eine unerfreuliche Angelegenheit und eine umstrittene. Die Regierung ist in einer Verlegenheit, weil noch ziemlich viel Geld dafür vorhanden ist, sie aber nicht weiß, wie sie es ausgeben soll. Es scheint, daß jetzt über sogenannte *community reparations* nachgedacht wird, also Entschädigungen für Gemeinschaften. Die andere Thematik, die mich in letzter Zeit ziemlich beschäftigt hat, betrifft die Strafverfolgung. Man hatte lange Zeit den Eindruck, sie wäre ganz eingestellt worden. Mit dem neuen Präsidenten allerdings und dem neuen *Director of Public Prosecutions*, also der Generalstaatsanwältin, scheint nun doch etwas voranzugehen.

# Hoffnungsschimmer am Horizont?

## Mary Burton über Menschenrechtskultur in Südafrika

*Beharrlichem Lobbyismus der betroffenen Familien scheint die Aufnahme gerichtlicher Untersuchungen über einige unerledigte Apartheid-Verbrechen zu gelingen (INDABA 100/18). Was das für die Glaubwürdigkeit der ehemaligen Wahrheitskommission und für die politische Kultur generell bedeutet, erzählt die »grand old dame« der südafrikanischen Menschenrechtsbewegung im Gespräch mit Horst Kleinschmidt.*

Können Sie das vielleicht näher erklären?

Die Kommission überreichte am Ende ihrer Tätigkeit dem damaligen Präsidenten ungefähr 300 Fälle, die ihrer Meinung nach das Potential hatten, durch die Gerichte weitergeführt zu werden. Aber als die Jahre vorbeizogen, wurde es immer schwieriger, Beweise dafür zu sammeln, und es wurde wenig neue Evidenz vorgebracht zusätzlich zu den Informationen, die die Wahrheitskommission schon gesammelt hatte und die aber in vielen Fällen nur fragmentarisch waren. Einige Rechtsanwälte, die im Namen von betroffenen Familien nach wie vor für gerichtliche Verfolgung eintreten, haben mir gesagt, daß sie von etwa 20 Fällen ausgehen, in denen ein Strafverfahren möglich sein könnte. Die neue Generalstaatsanwältin, Shamila Batohi, hat nun aber im Parlament erklärt, daß sie 37 Fälle neu untersuchen wollen und dem neu-

geschaffenen *Directorate for Priority Crimes Investigation* übergeben haben, also den sog. *Hawks*. Diese Vorgangsweise scheint heute mehr Sinn zu machen als in der Vergangenheit. Nachdem Frau Batohi sich im Parlament vorgestellt hatte, kam es vor einigen Monaten zu einem Treffen mit zwei von uns ehemaligen Mitgliedern der Wahrheitskommission und Anwälten der Opferfamilien, und sie machte einen sehr hilfsbereiten Eindruck und war sich der Notwendigkeit bewußt, ihre Behörde wieder auf Vordermann zu bringen.

Als die Rechtsanwälte beispielsweise Leute in der Staatsanwaltschaft nannten, die sich als hinderlich erwiesen oder einfach ihre Arbeit nicht ordentlich gemacht hatten, sagte sie zu, diese von den betreffenden Fällen abzuziehen. Die Anwälte waren sichtlich erleichtert, nun Personen genannt zu bekommen, mit denen sie in Zukunft würden zusammenarbeiten können. Ich war sehr beeindruckt von

ihr, ihrer Freundlichkeit und ihrem Verständnis, mit den sie den Opferfamilien begegnete ...

*Sie traf auch die Familien?*

Ja, sie traf sich mit fünf Familien und sagte ihnen zu, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um ihre Fälle vor Gericht zu bringen. Sie sagte aber auch, wahrscheinlich war das klug, daß sie nur dann Fälle zur Strafverfolgung bringen wird, wenn es auch absolut stichhaltige Beweise gibt. Die Gegenseite verfüge über sehr gute Anwälte, und es müsse sichergestellt sein, daß jede diesbezügliche Strafverfolgung auch zu einer Verurteilung führen würde.

*Die Familien hatten seinerzeit ja große Hoffnungen an die TRC. Sie selbst haben sich ja jahrelang bemüht, diese Entwicklung ins Rollen zu bringen. Erzählen Sie uns mehr darüber?*

Mit den Familien zu sprechen, ist herzerreißend. Sie warteten, warteten und warteten. Ich denke zum Beispiel an den Fall von Nokuthula Simelane, einer ANC-Kurierin, die – wie vermutet wird – im Verhör durch die Sicherheitspolizei zu Tode kam. Es gibt dafür keinen Beweis, aber der Fall wurde all die Jahre lang auch nicht untersucht. Und dies, obwohl ihre Schwester, die politisch aktiv ist und zeitweise auch Bürgermeisterin ihrer Heimatstadt war, nie aufgehört hat, die Aufklärung der Geschehnisse voranzutreiben. Sie informierte die Zuständigen bei der Staatsanwaltschaft über Namen von Verdächtigen, gab ihnen Adressen, wo man diese finden könnte, aber nichts passierte. Die Mutter sagte einmal, sie wolle erst

sterben, nachdem man über das Schicksal ihrer Tochter Bescheid wüßte.

Und so ist es bei all diesen 300 Fällen, es geht einfach um Bescheidwissen und, wenn möglich, um das Auffinden der Leichen. Oder wenn jemand im Gefängnis starb, sind die Leichen vielleicht vorhanden, aber Todesumstände sind nicht genau bekannt. Es waren auch mehrere andere Familien bei dem Treffen, die von Ahmed Timol und natürlich die von Neil Aggett (Seite 13, Anm.). Das war besonders interessant. Neils Eltern sind ja verstorben, und die Schwester, die sich jahrelang um Aufklärung kümmerte, lebt heute in England. Die Familie wurde von zwei jungen Neffen vertreten, die nicht politisch aktiv sind. Sie sind eine neue Generation, die zum ersten Mal mit der Vergangenheit unseres Landes konfrontiert wurde.

*Nachdem die Zeit der Wahrheitskommission zu Ende gegangen war – wie fühlten Sie sich? Haben Sie all die Jahre weiter versucht, die Aufklärung von Menschenrechtsverbrechen voranzutreiben? War es nicht aussichtslos, haben Sie nicht aufgegeben?*

Eines der großen Probleme der südafrikanischen TRC war, daß es keine Nachfolgestruktur gab. Vom Beispiel anderer Länder hätten wir lernen sollen, daß institutionalisierte Ansprechpartner weiterhin wichtig sind, nicht nur ein Schreibtisch im Justizministerium. Es braucht eine unabhängige Organisation, die Dinge weiterverfolgen kann. Erzbischof Tutu ging in die Vereinigten Staaten, auch Alex Borrairie, und es gab keine Stimme mehr für die Kommission. Einige von uns machten informell

weiter, ich z. B. wurde ständig von Menschen gebeten, ihnen zu helfen, meist bei Entschädigungsfragen. Von den ehemaligen Kommissarinnen waren wir zu zweit, Yasmin Sooka von der *Foundation of Human Rights* und ich, aber wir hatten ein Mandat oder den Segen von Erzbischof Tutu. Yasmin war eher in der Öffentlichkeit, aber beide blieben wir mit den Anwälten und den Familien in ständigem Kontakt.

*Es gibt nun den Fall von Ahmed Timol, der auf Druck der Familie endlich wiederaufgenommen wurde. Erwarten Sie, daß es zu ähnlichen Entwicklungen kommen wird, selbst wenn es keine überlebenden Zeugen oder Täter mehr gibt?*

Das ist tatsächlich ein großes Problem, wenn es niemanden mehr gibt, gegen den man einen Prozeß führen könnte. Die Manöver der Rodrigues-Anwälte, das Verfahren in Sachen Timol ständig zu verzögern, ist ein Beispiel dafür – sehr belastend für die Familie, aber für ihn selbst wahrscheinlich auch nicht sehr befriedigend, auch wenn er natürlich nicht zur Rechenschaft gezogen werden will. Aber hier lebt wenigstens noch eine Person.

Im Fall Aggett war es so, daß wir bei dem Gespräch mit Frau Batohi diskutierten, wie man einer Person habhaft werden könnte, die vermutlich an dem Verhör beteiligt war, ein Steve Whitehead, der später für die Securityindustrie in den USA tätig war. Wenige Tage danach allerdings starb er. Und das ist genau das Problem: Namen werden genannt und es könnte gegen sie untersucht werden, aber sie sind inzwischen alle entweder tot oder sehr alt.

*Gäbe es eine andere Möglichkeit für die Familien, mit diesen schrecklichen Ereignissen abzuschließen?*

Das ist sehr schwierig. Die Rechtsanwälte sagen, wenn die Gerichte in diesen Fällen versagen, wird es sehr schwierig sein, die Hoffnung auf Gerechtigkeit zu bewahren, speziell im Fall Ahmed Timol. Zumindest müßte es eine Verhandlung geben, bei der jemand aufstehen und sagen kann, was er oder sie weiß, was geschah, woran man sich erinnert. Anderenfalls ...

*Ihr eigenes Engagement für Menschenrechte in Südafrika geht viel weiter zurück als in die Zeit der Wahrheitskommission, der Beitrag, den Sie bei Black Sash geleistet haben, war ja wahrscheinlich ausschlaggebend dafür, daß Sie in die TRC berufen wurden. Würden Sie sagen, daß es heute eine Menschenrechtskultur in Südafrika gibt und daß sie sicher und nachhaltig ist?*

Ich glaube, daß der Einsatz für eine Menschenrechtskultur, das Vertrauen auf Rechtsstaatlichkeit ein wichtiger Bestandteil des Kampfes war und eine Basis dessen, was wir für die Zeit nach der Apartheid erwarten konnten. Vieles von dem ist noch vorhanden, die Menschen sind überzeugt davon, daß Dinge richtig sein müssen, daß Richter ihre Arbeit gut tun und die Gerichte funktionieren sollten, daß man auf Rechtsstaatlichkeit vertrauen können sollte. Aber ich glaube auch, daß vieles davon in den vergangenen zehn oder so Jahren verloren gegangen ist. Viele Elemente wurden von der Regierung vernachlässigt, einige Überzeugungen verraten. Aber trotzdem glaube ich, daß die Leute im

Grundsatz das Gefühl haben, das, was wir tun, sollte richtig sein.

*Und was könnte getan werden, um diese Situation zu verbessern?*

In gewisser Weise ist es die Aufgabe der Zivilgesellschaft, diese Menschenrechtskultur wiederaufzubauen. Aber die Nichtregierungsorganisationen sind fragmentiert und spezialisiert, sie tun wunderbare Arbeit gegen Korruption, betreffend die Medien oder, wie Black Sash, für soziale Gerechtigkeit. Aber alles in allem ist es kein sehr breites Spektrum. Vielleicht sind es die sozialen Medien, die heute diese Aufgabe erfüllen könnten – mit all ihren Problemen (lacht). Aber ernsthaft: Vor einem Jahr war ich ziemlich pessimistisch, sowohl was die offenen Gerichtsfälle betraf als auch hinsichtlich der generellen politischen Situation. Heute sehe ich, trotz aller Probleme, Signale eines neuen Wachstums und neuer Forderungen nach Menschenrechten. Wenn wir einige Erfolge erzielen könnten, dann wäre es ermutigend, die Menschen würden sehen, es zahlt sich aus, sich zu engagieren, und das könnte zu einem wirklichen Aufbruch in Südafrika führen.

*Mary Burton wurde 1940 in Buenos Aires geboren und kam 1960 nach Südafrika. Ab 1965 engagierte sie sich in Black Sash, einer (weißen) Frauenorganisation gegen Apartheid. 1980-90 war sie Vorsitzende der Vereinigung. 1995 wurde sie in die Truth and Reconciliation Commission/TRC berufen. 2000 war sie an der Gründung der Home for All Campaign beteiligt, die speziell Weiße dazu aufruft, einen Beitrag zur Versöhnung zu leisten. 2011 wurde Mary Burton Ehrenbürgerin von Kapstadt.*

#### **Truth and Reconciliation Commission (TRC):**

1998 veröffentlichte die von Nelson Mandela eingesetzte Kommission ihren Schlußbericht, einzelne Komitees setzten ihre Arbeit bis 2003 fort. Obwohl national wie international als zukunftsweisendes Modell der Vergangenheitsbewältigung akklamiert, blieben zwei Bereiche unbefriedigend: Reparationszahlungen an »Opfer der Apartheid« fielen mickrig aus, und jene Menschenrechtsverbrecher, denen die Amnestie verweigert worden war (das waren etwa zwei Drittel der einvernommenen Täter) wurden nie vor Gericht gestellt (INDABA 38/03 und 50/06). Einige besonders spektakuläre politische Morde blieben dadurch unaufgeklärt und ungesühnt.

**Ahmed Timol** (28) war Mitglied des ANC und der ebenso illegalen Kommunistischen Partei. Er stürzte 1971 aus dem 10. Stock der Polizeizentrale am John Vorster Square in Johannesburg zu Tode (INDABA 96/17). Die Behörden sprachen von »Selbstmord«. Auf Betreiben der Familie begann im Jänner 2019 der Prozeß gegen den letzten lebenden Angehörigen des Verhörteams, die Hauptverhandlung wurde bisher aber durch Manöver der Verteidigung verzögert.

**Neil Aggett** (29) arbeitete als Arzt und Gewerkschafter und starb 1982 nach schweren Folterungen ebenfalls im Polizeihauptquartier Johannesburg, angeblich durch Selbstmord. Es war der erste Todesfall eines Weißen in Haft seit 1963. Sein Begräbnis mit 15.000 Teilnehmer/innen entwickelte sich zu einer Protestkundgebung gegen das Apartheidregime. Aggett war international bekannt, u. a. widmete ihm Johnny Clegg eine Passage im Song *Asimbonanga* (Mandela).

**Nokuthula Simelane** (23) war im ANC-Untergund tätig und wurde 1983 auf einer Fahrt nach Swaziland verhaftet. Sie wurde in das berüchtigte Foltercamp Vlakplaas nahe Pretoria gebracht, wo sich ihre Spur verliert. Vier Angehörige der Sicherheitspolizei gaben vor der Wahrheitskommission zu, Simelane gefoltert zu haben, stritten aber eine Ermordung ab. Im August 2019 wurde sie gerichtlich für tot erklärt, wodurch eine Untersuchung der Todesursachen erst möglich wurde.

# Für ein weltweites Verbot von Atomtests

## Namibia und die CTBTO

*1996 wurde der Vertrag über ein umfassendes Verbot von Nuklearversuchen (Comprehensive Nuclear Test-Ban Treaty/CTBT) abgeschlossen. Unmittelbar danach sanken die nuklearen Explosionen fast auf Null. Nur Pakistan, Indien und Nordkorea führten in den letzten zwanzig Jahren atomare Explosionen zu Testzwecken durch. Namibia engagiert sich aktiv für den Atomteststopp. Ein Bericht von Norton Titus aus Windhoek.*

Seit der Unterzeichnung des Vertrags wurden genau zehn nukleare Explosionen verzeichnet. In der Zeit vor 1996 waren es mehr als zweitausend gewesen. Heute haben 184 Staaten den CTBT unterzeichnet, 168 davon haben ihn auch ratifiziert. Der Vertrag tritt allerdings erst in Kraft, wenn ihn alle 44 in Anhang 2 des Vertrags aufgeführten Staaten unterzeichnet und ratifiziert haben. Diese 44 Länder sind jene, die vor der Unterzeichnung des Vertrags 1996 über gewisse nukleare Kapazitäten verfügten. Namibia gehört nicht dazu, fordert jedoch die sog. *Annex 2-Staaten* auf, den Vertrag zu unterzeichnen und zu ratifizieren, um dadurch ein rasches Inkrafttreten des CTBT zu ermöglichen. Diese Bemühungen müssen weitergehen, und es braucht sogar einen noch stärkeren Impuls, um dieses Ziel zu erreichen. Eigentlich sind nur mehr acht Staaten von den 44 übrig. Die Demokratische Volksrepublik Korea, Indien und Pakistan müssen den Vertrag noch sowohl unterzeichnen als auch ratifizieren. China, USA, Iran, Israel und Ägypten haben den Vertrag schon unterzeichnet, müssen jedoch noch ratifizieren.

Die *Comprehensive Nuclear Test-Ban Treaty Organisation* (CTBTO) steht für die Organisation, die für den Verbotsvertrag (CTBT) zuständig ist. Sie ist vorwiegend eine technische und wissenschaftliche Institution, die wissenschaftliche Methoden und Techniken zur Überwachung der Einhaltung des Vertrags und zur Vorbereitung seines Inkrafttretens einsetzt.

Die CTBTO hat ihren Sitz in Wien und wird von einem vorbereitenden technischen Sekretariat geleitet (PTS), das Anweisungen von der Vorbereitungskommission (*PrepComm*) erhält. Alle Länder, die den Vertrag unterzeichnet haben, sind Mitglieder dieser *PrepComm*. Das Gremium genehmigt Empfehlungen aus zwei Gruppen: *Working Group A* (WGA) und *Working Group B* (WGB). Die WGA, die derzeit unter namibischem Vorsitz steht, prüft und empfiehlt das Budget und die Verwaltungsstruktur der PTS zur Beschlußfassung. Die WGB ist ein technisches Beratungsgremium, das die technischen Aspekte des Vertrags überprüft. Namibia hat in den letzten drei Jahren an der Arbeit des WGB aktiv teilgenommen.

Das *Preparatory Technical Secretariat* (PTS) nimmt mit Unterstützung der Unterzeichnerstaaten zwei Funktionen wahr. Die erste ist die Förderung des CTBT, seines raschen Inkrafttretens und die diesbezügliche Interaktion mit Staaten zwecks Unterzeichnung und Ratifizierung. Seine zweite Funktion ist die Vorbereitung des Überprüfungssystems für den Fall, daß der Vertrag in Kraft tritt. Dieses Überprüfungssystem (*verification regime*) basiert auf vier Säulen: 1. ein internationales Überwachungssystem (IMS), das derzeit aus mehr als 280 Stationen auf der ganzen Welt besteht (insgesamt sollen es später 321 Stationen sein); 2. aus einem Konsultations- und Klärungsmechanismus, der auf Antrag eines Mitgliedsstaats feststellen soll, ob tatsächlich eine nukleare Explosion stattgefunden hat; 3. aus einem internationalen Datenzentrum, wo Meßdaten das ganze Jahr hindurch nach Wien übermittelt werden, um allfällige nukleare Explosionen zu identifizieren; sowie 4. aus Inspektionen vor Ort, die im Falle einer mutmaßlichen nuklearen Explosion durchgeführt werden können. Es ist vorgesehen, daß weltweit

etwa 400 Fachleute geschult werden, um Inspektionen vor Ort durchzuführen. Derzeit gibt es 50 ausgebildete Inspektoren und 80, die sich in Ausbildung befinden. Alle zwei Jahre treffen sich in Wien mehr als tausend Wissenschaftler, Ingenieure und Politiker zur *CTBT Science and Technology Conference*, wo sie Informationen, Ideen, neue Konzepte und neueste Entwicklungen im CTB-Vertrag austauschen können.

**W**as bedeutet das alles für Namibia? Die Comprehensive Nuclear Test-Ban Treaty Organisation ist die einzige Organisation in der Welt, die nukleare Explosionen überwacht. Namibia als viertgrößter Exporteur von Kernmaterial war daher schon sehr früh in CTBTO-Angelegenheiten involviert. Namibia fordert, daß das Nuklearmaterial der Welt ausnahmslos für friedliche und nicht explosive Zwecke verwendet wird. Für Namibia bietet die Mitgliedschaft in der CTBT ein hohes Maß an Sicherheit für die Einhaltung dieser Forderung, auch wenn wir nicht mit Sicherheit sagen können, daß unser Kernmaterial seinen Weg nicht in eine Atomwaffe gefunden hat. Seit 2016 besteht im Amt der namibischen Ministerpräsidentin eine eigene Abteilung für CTBTO-Angelegenheiten. Dies ist eine große Selbstverpflichtung und zeigt, daß unsere Regierung den Vertrag sehr ernst nimmt. Namibia als Hauptlieferant von nuklearem Ausgangsmaterial ist entschlossen, ein verantwortungsbewußter globaler Bürger und eine wichtige Stimme und ein Verbündeter für globalen Frieden und Sicherheit zu sein. Namibia hat seine Beteiligung an der CTBTO stark erhöht, indem es sich an Aktivitäten zur Einhaltung des Vertrags beteiligt und aktiv mit der CTBTO kooperiert.

Im Rahmen des internationalen Überwachungssystems verfügt Namibia über eine Infraschallstation (I35NA) und eine seismische Hilfsstation (AS067) 16 km nordwestlich von Tsumeb; die erhobenen Daten werden laufend an das Internationale Datenzentrum gemeldet. Für die geplanten Vor-Ort-Inspektionen befinden sich derzeit zwei Fachleute im dritten Ausbildungszyklus, der Ende November 2020 beendet sein wird. Namibia beteiligt sich auch an den politischen Debatten in den Sitzungen der Arbeitsgruppen und hat bislang an drei wissenschaftlichen Konferenzen am Sitz der Organisation in Wien teilgenommen und dabei zwei Vorträge und 6 Poster veröffentlicht.

**N**amibia leistet also seinen Beitrag zur Förderung des Vertrags und zu den Aktivitäten der CTBTO. Dieses Engagement ist allerdings bedroht – aufgrund der mangelnden Verfügbarkeit von Humankapital. Wir verfügen derzeit nur über sechs Mitarbeiter, welche die operativen Aufgaben des CTBT vor Ort durchführen, zwei Mitarbeiter in Tsumeb und vier in Windhoek. Von ihnen ist inzwischen einer in den Ruhestand getreten, und ein anderer wird ihm bald folgen. Bislang ist die CTBTO-Arbeit von der Regierung nachdrücklich unterstützt und aufrechterhalten worden. Namibias internationales Profil wurde dadurch gestärkt, wofür wir alle sehr dankbar sein sollten. Die Schwierigkeit, mit der wir aber jetzt konfrontiert sind, ist die zeitgerechte Rekrutierung von genügend jungen Leuten, die an CTBTO-Agenden teilnehmen können. Das dauert Jahre und erfordert viel Geld und Zeit, um sie ausreichend darin zu schulen, Namibias Obliegenheiten national und international wahrzunehmen.

Als einer der führenden Anbieter von Kernmaterial ist Namibia dennoch entschlossen, sein Engagement in der CTBTO weiterzuführen und seine Unterstützung weltweit zu manifestieren. Es geht darum, ausreichend Kernenergie zur Verfügung zu haben und damit zur Verbesserung der Lebensqualität der Menschen und Verbesserung des globalen Friedens und der Sicherheit beizutragen. Namibia ist entschlossen sicherzustellen, daß sein Uran keinen Weg in den Einsatz von Kernwaffen findet. Die Unterstützung des CTBT ist ein Mittel, um dieses Ziel zu erreichen. Als ein Hauptlieferant von Uran haben wir eine noch größere Verantwortung dafür zu tragen, daß die Welt sicherer wird für uns und, noch wichtiger, für zukünftige Generationen. Unser Engagement und unsere Aktivitäten zur Förderung des globalen Friedens und globaler Sicherheit, unsere Fähigkeit, dadurch Geopolitik zu beeinflussen, sollten nicht unterschätzt werden. Genausowenig sollten wir alles das für selbstverständlich halten. Namibia sollte sich daher solange im CTBT engagieren, als es möglich ist.

Auf der ganzen Welt gibt es eine kleine Gruppe von Menschen, die ihr Leben einem Verbot von Atomtests widmen. Dies sind nicht nur die Leute, die direkt für die CTBTO arbeiten, sondern auch die globalen Aktivist/inn/en, die die Grundsätze und die Ideale des Vertrags unterstützen. Im Kern geht es darum, die Entwicklung, Produktion und Verbreitung von Atomwaffen zu stoppen.

*Norton Titus ist Geologe und Vorsitzender der National Commission on Research, Science and Technology (NCRST) in Windhoek. Er vertritt Namibia in der Working Group B der CTBTO.*

# The winner takes it all

*Genau 25 Jahre nach Einführung der Demokratie in Malawi (INDABA 2-3/94) wurden im Mai 2019 Präsidentschafts-, Parlaments- und Lokalwahlen abgehalten. Dabei sah sich Staatspräsident Peter Mutharika erstmals massiven Herausforderungen gegenüber. Von Bernhard Bouzek.*

Seit der Unabhängigkeit von Großbritannien im Jahr 1964, den 30 Jahren der Diktatur unter Hastings Kamuzu Banda und weiteren rund zehn Jahren der wirtschaftlichen Instabilität machte sich ab 2007 unter Präsident Bingu wa Mutharika, dem Bruder des derzeitigen Präsidenten, ein ökonomischer Aufwärtstrend in Malawi bemerkbar. Mit der *Demokratischen Fortschrittspartei* (DPP), die sowohl den Präsidenten als auch die Mehrheit im Parlament stellte, nahm die Abhängigkeit von internationaler Hilfe ab, und es zeigten sich Fortschritte in Wirtschaft, Bildung und Gesundheit. Das Land wurde für seine Wirtschaftsreform und für seine Ernährungssicherungspolitik gelobt. Im Jahr 2009 berichtete das Finanzministerium, daß die Zahl der in Armut lebenden Bürger über einen Zeitraum von vier Jahren von 52 auf 40 Prozent gesunken war. Mutharika wurde als Anwalt der Armen gepriesen.

Dann schien Mutharika langsam aber sicher die Macht zu Kopf gestiegen zu sein. Nach seiner Wiederwahl im Jahr 2009 verlagerte er seine Aufmerksamkeit von der Politik auf eine egomanische Ebene. Er wies Botschafter aus, brach die Verbindungen zu EZA-Gebern ab, griff politische Gegner an und kämpfte (erfolglos) gegen seine eigene Vizepräsidentin Joyce Banda. Das Wachstum verlangsamte sich und das Land litt. Das erste große Symptom dafür war der

riesige »Cashgate«-Skandal, bei dem 2013 innerhalb von nur sechs Monaten rund 32 Millionen US-Dollar aus staatlichen Mitteln gestohlen wurden (INDABA 82/14). Der Skandal wurde durch ein Audit aufgedeckt, das Joyce Banda in Auftrag gegeben hatte, als sie nach Mutharikas Tod das Präsidentenamt angetreten hatte. Die Mittel gingen von der Regierung an Lieferanten für nie erbrachte Waren und Dienstleistungen.

Der jetzige Präsident Peter Mutharika, Bingus Bruder, trat 2014 sein Amt an und versprach, die Korruption zu beseitigen, aber seine Partei wurde das Korruptionsvirus nicht mehr los. Im Jahr 2017 gab es »Maizegate«, in dem der Landwirtschaftsminister George Chabonda als Gesetzesbrecher ermittelt und nach einer gerichtlichen Verfügung entlassen wurde. Im vergangenen Jahr wurde der Präsident selbst in einem durchgesickerten Korruptionsbekämpfungsbericht mit der Veruntreuung von Geldern im Zusammenhang mit einem Beschaffungsvorgang für die Polizei in Verbindung gebracht. Dies, zusammen mit einem umstrittenen Landreformgesetz von 2016, das die Befugnisse der Gemeinden einschränkte, führte zu einer weit verbreiteten Unzufriedenheit.

Mutharika und seine Regierungspartei standen Anfang Mai 2019 in einem harten Wettbewerb mit seinem Vizepräsidenten

Saulos Chilima, der unter dem Banner des *United Transformation Movement* zur Präsidentschaftswahl antrat, sowie mit der *Malawi Congress Party*, die ein Bündnis mit Joyce Bandas Volkspartei eingegangen war. Nach einem konfrontativen Wahlkampf, bei dem man sich gegenseitig der beabsichtigten Wahlfälschung oder gar eines Staatsstreiches bezichtigte, schritten am 21. Mai drei Viertel der 6,8 Millionen Wahlberechtigten zu den Urnen.

Peter Mutharika wurde von der malawischen Wahlbehörde am 27. Mai 2019 zum Sieger der Präsidentschaftswahlen erklärt, nachdem er 38,67 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten hatte. Lazarus Chakwera von der Malawi Congress Party (MCP) erzielte 35,41 Prozent der Stimmen, während Vizepräsident Chilima 20,24 Prozent gewann. Da bei der Präsidentschaftswahl eine einfache Stimmenmehrheit genügt, mußte sich der Amtsinhaber keiner Stichwahl stellen. Dieses »The winner takes it all« Prinzip begünstigte somit ganz klar den Amtsinhaber. Ein ähnliches Bild ergab sich bei den gleichzeitig stattgefundenen Parlamentswahlen. Auch die 193 Abgeordneten werden direkt aus ihren Wahlkreisen mit einfacher Stimmenmehrheit ins Parlament gewählt. Dabei gingen 62 Sitze an die DPP, 55 Sitze an die MCP bzw. 10 an die *United Democratic Front* (UDF), der Rest an Kandidaten anderer Parteien.



Mutharika bei der Stimmabgabe

Schon vor Bekanntgabe der Ergebnisse hatten Anhänger der Opposition an Demonstrationen teilgenommen und gegen gemeldete Unregelmäßigkeiten im Wahlprozeß protestiert. Unprofessionell war auf alle Fälle die Bekanntgabe von Peter Mutharika als Wahlsieger noch vor Auszählung aller Stimmzettel. Neben den Straßenprotesten verfolgte die MCP auch eine rechtliche Anfechtung des Wahlergebnisses und forderte, daß es Konsequenzen für die Mißachtung der Wahlrichtlinien geben müsse. »Es ist ein Wahlsystem, in dem die Beamten der Wahlkommission Tipp-Ex-Korrekturflüssigkeit auf Ergebnisblättern aus dem ganzen Land verwenden können, und es gibt keine Konsequenzen«, sagte ein Parteisprecher.

Der frühere südafrikanische Präsident Thabo Mbeki, Vorsitzender der *Commonwealth Observer Group*, lobte hingegen die Wahlen in Malawi als einen mit großer Professionalität und Engagement betriebenen demokratischen Akt. Bei den Wahlen 2019 wurde zum ersten Mal ein biometrisches Verfahren zur Wählerregistrierung eingeführt. Dabei wurden nicht nur die biografischen Daten der Wähler gesammelt, sondern auch ihre Fotos aufgenommen. Der Prozeß der

Wählerregistrierung war auch mit der nationalen Zivilregistrierung verbunden, bei dem den Bürgern amtliche Ausweise zur Verfügung gestellt wurden. Es wurden jedoch einige Unstimmigkeiten bei der Anwendung der Verfahren festgestellt, insbesondere

nach Abschluß der Abstimmungen, beispielsweise beim Ausfüllen der Abstimmungsformulare.

Die Beobachtergruppe gab weiters bekannt, daß es auch bei ungültigen Stimmzetteln zu inkonsistenten Auslegungen gekommen wäre, obwohl diese in den Wahlverfahren eindeutig festgelegt worden waren. Die Unterstützung des *Commonwealth* für den Wahlprozeß in Malawi umfaßte auch die Entwicklung eines Toolkits zur Umsetzung des Medien-Verhaltenskodices sowie einen Workshop zur Vorbereitung von Kandidaten auf die Wahl durch Schulung in Bezug auf Kampagnenführung und Konflikt-sensibilität.

Die ebenso in Malawi wahlbegleitend tätige EU-Mission beklagte schon vor der Abstimmung Angriffe auf Oppositionspolitiker. Für Miroslav Poche, den Chef der EU-Beobachtermission, waren zusammenfassend die Wahlen zwar im allgemeinen friedlich verlaufen, die Wettbewerbsbedingungen jedoch nicht einheitlich. Als problematisch bezeichnete er den Mißbrauch staatlicher Ressourcen und auch die Voreingenommenheit der staatlichen Medien.

trotz der Proteste und der rechtlichen Anfechtung der Wahlen

wurde Peter Mutharika dennoch am 31. Mai 2019 rasch für eine zweite Amtsperiode vereidigt. »Es ist Zeit weiterzumachen. Es ist Zeit zu kämpfen, um dieses Land zu vereinen und zu entwickeln«, sagte der 78-jährige zu Tausenden von jubelnden Anhängern, die im *Kamuzu-Stadion* in Blantyre versammelt waren. Mutharika versprach, das Wirtschaftswachstum von fünf Prozent im Jahr 2019 fortzusetzen, um die Inflation und die Zinssätze niedrig zu halten und die politischen Bedingungen für ein Darlehen des Internationalen Währungsfonds von 112 Mio. USD einzuhalten.

Trotzdem gingen auch über den Sommer die landesweiten Proteste, die von einer gemeinnützigen Vereinigung, der *Human Rights Defenders Coalition*, organisiert wurden, weiter. Dabei kam es auch immer wieder zu Gewalt und Plünderungen. Anlässlich einer Kundgebung zum 55. Jahrestag der Unabhängigkeit des Landes am 6. Juli 2019 sagte Mutharika, die anhaltenden Proteste seien dazu bestimmt, Malawi in einen gesetzbefehlenden Staat zu verwandeln.

»Sie wollen die Gesetzlosigkeit herbeiführen, damit sie diese Regierung übernehmen können. Aber sie werden diese Regierung nur über meinen toten Körper übernehmen«, sagte er. Malawi steht daher vor der schwierigen Situation einer weiter zunehmend polarisierten politischen Landschaft und den harschen ökonomischen Bedingungen, unter denen die rund achtzehn Millionen Einwohner leben. Die wirtschaftlichen Aussichten sind jedenfalls auch in der nahen Zukunft von einer vulnerablen landwirtschaftlichen Subsistenzwirtschaft und dem Export von Cash Crops wie Tabak, Tee und Zucker abhängig.





## Afrikanische Freihandelszone

Von Adalbert Krims

Die Afrikanische Freihandelszone (*African Continental Free Trade Area – AfCFTA*) ist beim jüngsten AU-Gipfel in Niamey (Niger) am 7. Juli offiziell aus der Taufe gehoben worden. Die Freihandelszone mit rund 1,2 Milliarden Einwohnern und einem Bruttoinlandsprodukt von rund 2,5 Billionen US-Dollar soll der größte Handelsblock der Welt werden. 54 der 55 Mitgliedsstaaten der Afrikanischen Union haben sich angeschlossen (nur Eritrea nicht). Nach einer 17jährigen Vorbereitungszeit hatte die AU im März 2018 den Beschluß zur Gründung der AfCFTA gefaßt. Bis April 2019 hatte die notwendige Zahl von 22 Staaten das Abkommen ratifiziert (im Juli waren es bereits 27).

Aber erst mit dem Beitritt von Nigeria, des bevölkerungsreichsten und wirtschaftsstärksten Staates des Kontinents, wurde Anfang Juli d. J. der Weg für die Umsetzung der Freihandelszone geebnet. Der Präsident von Niger, Mahamadou Issoufou, erklärte als Gastgeber des AU-Gipfels in Niamey: »Der Start der Afrikanischen Freihandelszone ist das wichtigste Ereignis auf unserem Kontinent seit der Gründung der UN und der Afrikanischen Union. Es ist ein Ereignis, das Hoffnung gibt, ein geeintes und florierendes Afrika zu schaffen.«

Das vorrangige Ziel der AfCFTA ist die Förderung des innerafrikanischen Handels und der weiteren Industrialisierung Afrikas durch Abbau von Handelshemmnissen und Harmonisierung von Regeln. Konkret sollen bis 2022 alle Zölle auf Dienstleistungen wegfallen sowie 90 Prozent der Produktzölle in Afrika. Dadurch soll der Anteil des afrikanischen Binnenhandels von derzeit 16 Prozent auf 25 Prozent wachsen (im Vergleich dazu beträgt der EU-Binnenhandel 69 Prozent des gesamten Außenhandels).

Perspektivisch soll durch die Afrikanische Freihandelszone ein panafrikanischer Binnenmarkt nach EU-Vorbild entstehen – mit freiem Waren- und Personenverkehr sowie der Liberalisierung von Dienstleistungen.

Vertreter der AU erhoffen sich nicht nur eine Förderung des innerafrikanischen Handels, sondern vor allem auch eine Weiterverarbeitung von Rohstoffen, die heute den größten Anteil der afrikanischen Exporte darstellen, und damit auch eine Erhöhung der Wertschöpfung in Afrika (z. B. bei der Schokolade, die in Europa aus afrikanischem Kakao erzeugt wird, bleiben derzeit nur 5 Prozent des Gewinns in Afrika). Die AfCFTA werde auch zu einer Verringerung der Abhängigkeit der afrikanischen Staaten von Europa, aber auch von China führen, rechnen AU-Experten.

Es gibt aber auch Skepsis, ob die Freihandelszone tatsächlich der richtige Weg zu einer eigenständigen Entwicklung ist. Vor allem von Gewerkschaften wird befürchtet, daß Billigimporte den kleineren Produzenten in Industrie und Landwirtschaft schaden und Arbeitsplätze vernichten könnten. Auch die Unterschiede beim Industrialisierungsgrad, dem Einkommensniveau und den Unternehmensstrukturen könnten dazu führen, daß kleinere Länder und kleinere Unternehmen dem Wettbewerbsdruck nicht standhalten.

Es ist derzeit noch nicht klar, wie die AfCFTA mit diesen Problemen umgehen wird, zumal die Verhandlungen über Detailregelungen – oder auch über Ausnahmebestimmungen für die am wenigsten entwickelten Länder (LDCs) – noch ausstehen. Von den Handelserleichterungen profitieren übrigens nicht nur afrikanische Firmen, sondern auch Transnationale Konzerne, die Produktionsstätten in afrikanischen Ländern besitzen.

Deshalb unterstützt auch die EU die Afrikanische Freihandelszone, weil sie sich günstigere Investitions- und Handelsbedingungen für europäische Konzerne in Afrika erwartet. Die bestehenden Zollvereinbarungen mit der EU und China bleiben außerdem bestehen, sodaß sich für europäische Firmen im Außenverhältnis nichts ändert, sie aber von den Vorteilen durch den afrikanischen Binnenmarkt zusätzlich profitieren können.

# Paul Kolisch, die »Illwo« und Südafrika

## Reiseberichte einer Wiener Boulevardzeitschrift

Durch Zufall stieß INDABA-Autor Franz Kotrba auf die Afrika-Reiseberichte der »Illustrierten Wochenpost«, eines Wiener Boulevardblatts in der Zwischenkriegszeit. Ambitioniert und kritisch berichtete der Journalist Paul Kolisch auch über die Rassendiskriminierung in Südafrika. Vor achtzig Jahren, Ende 1939, wurde Kolisch von den Nazis im Konzentrationslager Buchenwald ermordet.

**a**uf keiner meiner Reisen hatte die Wirklichkeit mit meinen mitgebrachten Kenntnissen übereinstimmt, aber noch nie war mein aus dem europäischen Bildungsbesitz geschöpftes Wissen so falsch gewesen wie das über Afrika«, schrieb Paul Kolisch 1935 in der von ihm 1928 gegründeten »Illustrierten Wochenpost« von seiner dritten und längsten Afrikareise, die ihn durch die östlichen und südlichen Regionen des Kontinents geführt hatte.

Nach eigenen Angaben hatte die »Illustrierte Wochenpost« – oder »Illwo«, wie sie sich auch nannte – über 100.000 Leser in Österreich und der Tschechoslowakei, war also ein erfolgreiches Medium der Ersten Republik. Sie war reißerisch aufgemacht, mit knalligen Überschriften wie »Razzia im Nacktklub«, »Der Neger von der Teufelsinsel und die mysteriöse Wienerin«, »Die Kognak-Hermine, die unglückliche Maitresse Kronprinz Rudolfs«, »Indiskretes aus dem Leben unserer Filmstars« usw. Hauptinhalt waren Fortsetzungsromane, Liebesgeschichten der Habsburger, Berichte aus der Filmwelt und über Fußballstars, dazu je eine ganze Seite Herzensratgeber, Graphologie und Heiratspost. Das Titelblatt zeigte meist großformatige Bilder exotischer Abenteuer, in späteren Jahren auch Fotos. Preisausschreiben und Kriminalrätsel waren ein wichtiges Marketinginstrument.

Was mich aber überrascht hat, war, daß in der »Illwo« laufend Berichte aus oder über Afrika erschienen. Das war doch wohl in der österreichischen Zwischenkriegszeit kein sehr aktuelles Thema bzw. keines, das besonderes Interesse in einer Boulevardzeitschrift gefunden hätte? Die Überschriften der Berichte kamen recht dramatisch und aufregend daher, die Texte aber waren informativ und sachlich. Hugo Bernatzik, E. A. Zwilling, Etta Donner und



Reißerische Aufmachung, erstaunlich sachlicher Inhalt

François Carpentier (über Abessinien) gehörten u. a. zu den Autoren in der »Illwo«. Journalistisch am besten waren aber die Berichte von Paul Kolisch selbst, der drei Reisen nach Afrika unternahm – nach Westafrika 1932, 1934 nach Nordafrika, und davor war er fast ein Jahr in Ost- und Südafrika unterwegs gewesen.

Am 1. Juli 1932 erschien die Illustrierte Wochenpost mit dem Titel »Unsere Afrika-Expedition« und dem Foto eines Massaikriegers, das die ganze Titelseite einnahm. Im Inneren hieß es mit großer Überschrift: »Die Illwo, die Illustrierte Wochenpost, veranstaltet eine Afrika-Expedition. Wir wollen Land und Leute kennenlernen. Afrika ist das Land der Zukunft. Es befindet sich im Stadium rasender industrieller Entwicklung. Gibt es dort Arbeits- und Siedlungsmöglichkeiten für uns?« Paul Kolisch, der Herausgeber, und Rudolf Nehls, Autor abenteuerlicher Fortsetzungsromane im Stil von Nick Carter, Billy Jenkins oder Rolf Toring, würden aus Westafrika berichten, »wie es im zivilisierten Afrika in Wirklichkeit aussehe«. Auch Auswanderungs- und Arbeitsmöglichkeiten sollten erhoben werden.

Unterstützt wurde dieser Plan mit einer absatzfördernden Aktion. Wer zehn Kupons der »Illwo« gesammelt und eingesendet hatte, dem wurde eine Ansichtskarte aus Afrika mit exotischer Briefmarke versprochen. Die Aktion war erfolgreich – 15.000 Ansichtskarten wurden von den beiden Reisenden schließlich nach Österreich und in die Tschechoslowakei verschickt!

In der selben Nummer vom 1. Juli 1932 begann auch der Abdruck des Abenteuerromans von Rudolf Nehls »Peter Porrs Afrika-Abenteurer«. Damit sollten die Leser das wilde Afrika mit seiner Romantik und seinen Abenteuern kennen lernen – im Kontrast zu den Berichten aus dem »wirklichen Afrika«. 40 Fortsetzungen dieser Afrika-abenteuer erschienen bis zum Jänner 1934.

Diese erste Afrikareise war für die Auflage der »Illwo« offensichtlich sehr erfolgreich, und sie machte den beiden Reisenden auch Lust auf neue Reisen. Im Oktober 1933 kündigte Paul Kolisch eine Reise nach Afrika mit neuerlicher Ansichtskarten-Aktion an, über deren genaues Ziel die Leser abstimmen sollten.



Kolisch und Nehls auf ihrer Westafrika-Reise

Es wurde dann eine Reise nach Nordafrika, über die Kolisch und Nehls in der »Illwo« im April und Mai 1934 berichteten. Diesmal sandten sie schon über 30.000 Ansichtskarten nach Hause! Sie ließen zwar die Karten in Afrika mit einer Grußbotschaft drucken, aber die Adresse mußten sie doch mit der Hand schreiben und eine schöne exotische Briefmarke darauf kleben.

Ab Dezember 1934 veröffentlichte Paul Kolisch wöchentlich einen ausführlichen und mit Fotos versehenen Bericht über seine Reise durch Ost- und Südafrika. Kenya, Uganda und Tanganyika waren seine Stationen, bevor er ins südliche Afrika weiterreiste, nach Portugiesisch-Ostafrika, Südrhodesien, in die Südafrikanische Union und nach Südwestafrika.

Paul Kolisch war mit einem »Rund-um-Afrika-Billet« unterwegs, mit dem er in jedem Hafen unterbrechen und zu jeder beliebigen Zeit weiter reisen konnte. Von Dar es Salaam kommend schiffte er sich nach Beira ein, um von dort mit der Bahn nach Salisbury, der Hauptstadt Südrhodesiens, zu fahren – damals dauerte das 22 Stunden.

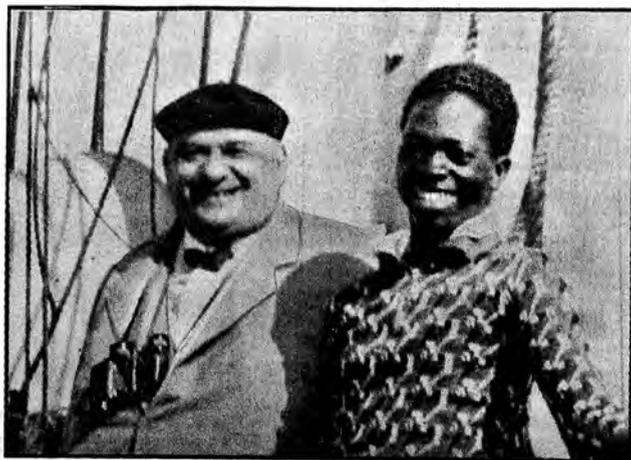
Zehntausende  
Grußkarten in die  
Heimat verschickt



In zwei Berichten in der »Illwo« fand Kolisch ziemlich kritische Worte über das »Klein-England mit ausgeprägter provinzieller Eng-herzigkeit«. Südrhodesien nenne sich »Land der Weißen« und behandle daher die »Eingeborenen«, als ob sie noch »Wilde« wären. Sie dürften nur ungelernte Arbeit leisten und müßten die »demütige Rolle des nur zum Lastenträger zugelassenen Knechtes« spielen. Die »stolze Negervergangenheit« finde sich nur noch im Museum – dort dämmerte Kolisch, daß Südrhodesien ja einst die Heimat »des stolzesten, stärksten und kriegerrischsten Negervolkes« war. Im Gegensatz dazu, meinte Kolisch, seien die Weißen durch die strikte Abschottung ganz ohne Kultur geworden.

In Johannesburg angekommen äußerte sich Kolisch zuerst ganz begeistert über die moderne, amerikanisch wirkende Stadt. Auch über Durban und Kapstadt schrieb er überschwänglich. Als Journalist wurde er in ganz Südafrika sehr zuvorkommend aufgenommen und von offiziellen Stellen verwöhnt. Südafrika, damals schon auf dem Weg zum Apartheidstaat, schien sehr an einem guten Image in Europa und auch an der Förderung des Tourismus interessiert. Auch ein langes Interview mit General Hertzog, dem Premierminister, wurde ihm ermöglicht. Aber kaum war er aus den Fängen der Offiziellen befreit, fiel Kolisch die Ausgrenzung und Abschottung der Schwarzen umso unangenehmer auf. Diese mußten in Johannesburg weit außerhalb des Zentrums wohnen

Kolisch mit jungem Afrikaner



und erreichten nur nach mühsamem Fußmarsch die Stadtgrenze, wo es dann einen Bus »nur für Schwarze« zu den Arbeitsplätzen in der »weißen« Stadt gab. Auch in Windhoek durften die Schwarzen nicht in der Nähe der Weißen wohnen. Zwei Stunden Fußmarsch zu ihrer weißen Herrschaft hatten sie zurückzulegen, wo sie von 7 bis 21 Uhr arbeiteten – und kein Essen während der Arbeit! So berichtete Kolisch.

Ein Bild auf der Busfahrt von Johannesburg nach Swazi-

land prägte sich ihm tief in seine Erinnerung ein, »weil es für Afrika so unendlich typisch war: die zusammengepferchten schwarzen Menschen im überfüllten hinteren Abteil, Seine Majestät, der Europäer, ungestört und in aller Bequemlichkeit auf den gepolsterten Sitzen des leeren Vorderraumes. Ich empfand meine Vorzugslage eher als peinlich.« Zu dieser Zeit ungewöhnlich kritische Worte über das Apartheidregime in Südafrika!

Bemerkenswert auch sein Vergleich zwischen Schwarzen und Buren. Kolisch war beeindruckt von den schönen Gestalten der Swazis, vor allem aber der Zulus. Diese hatten nach seiner Meinung von allen Menschen den schönsten Körperbau. Über die Buren schrieb er dagegen sehr negativ, wobei er einen Unterschied zwischen den städtischen, politisch führenden und den auf dem Lande lebenden Buren machte. Deren Rückständigkeit und ihr Analphabetismus entsetzten ihn, und als Ursache für ihre »Verblödung« meinte er: Sie hätten die Schwarzen für sich arbeiten lassen und wären nur auf der faulen Haut gelegen, wobei es in diesem herrlichen Land des ewigen Frühlings ja sehr leicht möglich gewesen wäre, den Boden mit eigenen Händen zu bestellen.

Tiefes Mitleid erfüllte ihn dagegen bei einem Besuch einer Lehrerinnenbildungsanstalt für Schwarze in Kapstadt.

Diese wohlherzogenen und gebildeten Mädchen würden unentrinnbar einer erschütternden Zukunft entgegengehen, schrieb Kolisch. Sie konnten andere schwarze Kinder nur zu der bitteren Erkenntnis erziehen, »daß der fortgeschrittene Kaffer weniger galt als der ungebildete Weiße.«

Zehn Monate war Paul Kolisch unterwegs, 2000 fotografische Aufnahmen hatte er im Gepäck. Mehr als 40 Artikel veröffentlichte er danach in seiner »Illwo«, mit Sensationen bietenden Überschriften, aber mit einer bemerkenswerten journalistischen und kritischen Substanz für die wahrscheinlich nicht sehr gebildete Leserschaft seiner Wiener Boulevardzeitschrift.

Eine weitere Reise nach Afrika kam nicht mehr zustande. Ab 1937 erschienen noch einmal 20 Fortsetzungen mit »Peter Porrs Afrika-Abenteuern«. Mit dem Einmarsch Hitler-Deutschlands in Österreich war es aber mit dem »jüdischen Schund- und Schmutzblatt« sofort vorbei. Am 1. April 1938 erschien die »Illwo« schon vollkommen gleichgeschaltet mit Nazi-Propaganda.

Zwei Nationalsozialisten, Franz Vinzenz Schöffel und Franz Oesterreicher, wurden die neuen Schriftleiter. Am 1. April 1938 kam Paul Kolisch gemeinsam mit seinen Hauptinsenerenten, den Brüdern Schiffmann, mit dem ersten Österreicher-Transport nach Dachau ins KZ (auf diesem Transport waren auch Franz Olah, Leopold Figl, Robert Danneberg und andere).

»Durch den raschen Einsatz nationalsozialistischer Schriftleiter gelang es, auch völlig verjudete Betriebe absolut zu säubern und dennoch im Erscheinen der Zeitung keine Pause eintreten zu lassen«, schrieb der Völkische Beobachter am 2. Juni 1938. Die »Illwo« enthielt nun nationalsozialistische Propaganda, deutsche Heimatromane und solch spannende Berichte wie »Kamerad Schnürschuh führt den Kameraden UOffz. Fritz Koppke aus Berlin durch Wien«. Kein Wunder, daß sich Leser und Abonnenten schnell verflüchtigten. Am 26. August 1939 erschien die bereits recht dünn gewordene Wochenzeitung zum letzten Mal.

Die »Illwo« als gleichgeschaltetes NS-Blatt (1. 4. 1938) – drastischer Leserschwund



Am 15. Dezember 1939 wurde Paul Kolisch im KZ Buchenwald ermordet. Vorher hatte noch der von den Nazis eingesetzte Verwalter, Franz Österreicher (nach dem Krieg Schuldirektor in Breitenfurt/NÖ), an das KZ Buchenwald mit der Bitte geschrieben, Paul Kolisch eine Unterschrift für seine Auslandskonten abzupressen ...

# Katholizismus in Moçambique

## Zwischen Kolonialregime und Befreiung

*Anhand der Region von Beira befaßt sich eine neue Studie mit dem Konflikt zwischen den rebellischen Missionsorden und der kolonialistischen Kirchenleitung in der Endphase der Kolonialherrschaft. Worum es dabei ging, faßt Josef Pampalk, einer der damals involvierten Akteure, für INDABA zusammen.*

Eric Morier-Genoud: **Catholicism and the Making of Politics in Central Mozambique 1940–1986** (Rochester Studies in African History and the Diaspora. Belfast, Boydell and Brewer, 2019). 245 S.

Eric Morier-Genoud lehrt an der *Queen's University Belfast* und ist spezialisiert auf Religionen und Politik in Moçambiques Zeitgeschichte. Fokus dieses Buches ist die Diözese Beira (aus der inzwischen vier weitere hervorgegangen sind) in den spannenden Jahren vor und nach der Unabhängigkeit. Über diese Zeit von extremer Krise und Kreativität präsentiert der Autor eine Fallstudie, die auf dem neuesten Stand der Forschung ist, weil sie nicht wie offizielle Geschichtsschreibung von Auswirkungen der Strategien und Entscheidungen politischer wie kirchlicher Spitzen ausgeht, sondern von der dynamischen Verflochtenheit und Interaktion unterschiedlicher Akteure auf allen horizontalen Ebenen.

Als Zeitrahmen wurde 1940 bis 1986 gewählt. Der Beginn ist klar mit dem Konkordat zwischen dem damaligen portugiesischen Diktator Salazar und dem Vatikan, der Abschluß weniger, wohl weil der Elan der moçambikanischen Revolution im verheerenden, vom Ausland unterstützten Bürgerkrieg implodierte. 1940 war deshalb wichtig, da der Kolonialstaat die christlichen Missionen zu Instrumenten seiner Interessen machen und als Beweis der effektiven Besetzung ihrer Kolonie gebrauchen wollte. Umgekehrt nahm die katholische Kirche die darin aufgezwungene »Portugiesisierung« der Einwohner und die Ideologie des »Luso-tropicalismo« in Kauf als Mittel für die Christianisierung. Darin vorprogrammierte Konflikte wurden durch weltweite Entkolonisierungs- wie innerkirchliche Reformbewegungen der 60er Jahre akut.

Morier-Genouds interdisziplinäre Analyse aller in Quellen erfaßbaren Akteure liest sich wie eine um ein paar Jahrzehnte zeitverschobene Begleitforschung, die für andere aktuelle Bereiche lehrreich ist. Soares de Resende, der erste Bischof von Beira (1943–67), wurde entgegen dem im Konkordat programmierten Zweck zum schärfsten Kritiker des Regimes und zum Verteidiger jener Missionare, die im Kontakt mit der Realität für die Rechte der Einwohner eintraten. Daher die Themenstellung der Studie: Wie können ein paar Missionsgesellschaften die Politik der Kirche derart prägen?

Die Missionare hatten unterschiedliche Einstellungen und Nationalitäten. Bezüglich Afrikas Sprachen und Identitätsfindung waren wohl die sogenannte Afrikamissionare (*Weißer Väter*) die offensten. Trotzdem blieb ein gewisser Widerspruch zwischen einer von externen Institutionen importierten Missions- und einer Lokalkirche, die nur in Abgrenzung zur imperialen angeeignet werden kann. Ob die katholische Kirche in Moçambique an diesem dialektischen Schnittpunkt heute noch feststeckt, bleibt die entscheidende Frage – solange selbst ihre afrikanisierte Leitung keine klare Distanzierung zur kolonialen Vergangenheit markiert und eher den status quo vertritt.

Zunächst stellt der Autor die Frage, wie das Modell Beira eine spezifische Art von Kirche begünstigte? Zur Beantwortung sind u. a. zwei Fakten aufschlußreich. Aus dem 1949 gegründeten Seminar Zobué ist bis 1967 die Hälfte von 826 Studenten zur Befreiungsbewegung geflohen, was das Mißtrauen von Regime und Episkopat erklärt, dort würde ein aufrührerischer Typus von afro-christlicher Elite geformt. Eine solche hat zwar als qualitative Wende eine wichtige Rolle unter den afrikanischen Nationalisten gespielt, wurde aber im Ausland 1968 sehr rasch

mit Fraktionskämpfen innerhalb der Frelimo konfrontiert. Diese Konflikte, die für die einen als Verschwörung der Vertreter aus dem Süden Moçambiques gegen jene aus Nord- und Zentral-Moçambique galten, waren für die anderen der Kampf zwischen »Reaktion und Fortschritt«, der allerdings viele Todesopfer unter Freiheitskämpfern forderte. Auch Frelimos Führer Eduardo Mondlane, den Präsident Nyerere dazu ausersehen hatte, die aus drei Vorgängerorganisationen 1962 neugegründete Frelimo zu einigen, wurde ermordet.

Mateus Gwenjere, der erste afrikanische Priester und »ein Produkt der katholischen Kirche Beiras«, war 1967 vor der portugiesischen Geheimpolizei nach Tanzania zur Frelimo geflohen. Er vertrat diese gemeinsam mit dem protestantischen Pastor und Frelimo-Vizepräsidenten Uria Simango vor der UNO in New York, wurde aber nach der Unabhängigkeit zusammen mit diesem und anderen sogenannten »Revolutionsfeinden« heimlich exekutiert. Morier-Genoud fand in seinen Quellen nichts, was diese Anschuldigungen belegen würde.

**E**in weiteres Spezifikum für Beira in jenen Jahren ist der sogenannte Exodus der Afrikamissionare aus Protest gegen die Vermischung von Kirche und Kolonialpolitik bzw. ihre Ausweisung durch das Regime 1971. Beira übte eine virulente Ausstrahlung auf das gesamte Land aus. Ein gut funktionierendes Pastoralzentrum mit jährlichen Studienwochen in allen Diözesen erfüllte auf der Ebene des Umdenkens und Kommunizierens eine integrierende Funktion. Auf der praktischen Ebene der Kapazitätsbildung für Laien als Gemeindeleiter, spielte das Bildungszentrum Nazaré eine bahnbrechende Rolle.

## Papst Franziskus in Moçambique

Kurz vor dem Besuch, der Papst Franziskus nach Moçambique, Mauritius und Madagaskar führte, hatte Michael Lapsley, anglikanischer Priester und Gründer des *Institute for the Healing of Memories* in Kapstadt, noch große Hoffnungen: »Wie wunderbar wäre es, wenn sich der Papst für die Rolle der katholischen Kirche bei der Unterstützung des Kolonialismus entschuldigen würde! Wie großartig wäre es von Frelimo, sich für die Untaten während des Befreiungskampfes zu entschuldigen, inklusive den Tod des Priesters Gwenjere! Wie wunderbar wäre es für Renamo, sich für die Menschenrechtsverletzungen von ihrer Seite zu entschuldigen!«



Präsident Nyusi und Papst Franziskus

Leider – nichts davon ist passiert, und demgemäß war viel Enttäuschung auf Seiten der fortschrittlichen Katholiken in Moçambique spürbar.

Wohl im Einverständnis mit der römischen San Egidio-Gemeinschaft, die 1992 den Friedensschluß zwischen der Regierung und den Renamo-Rebellen ausgehandelt hatte, lag die Kernbotschaft des Papstes vielmehr in einem Aufruf zu Versöhnung und gemeinschaftlichem Wiederaufbau des Landes – auch verständlich angesichts des vor einem Monat unterzeichneten weiteren Friedensabkommens (siehe S. 18).

Während der Messe im Zimpeto-Stadion von Maputo verurteilte Papst Franziskus weiters die Vermischung von wirtschaftlichen Interessen der Industrienationen und der Entwicklungshilfe. Es habe mitunter den Anschein, daß diejenigen, »die sich mit einem vermeintlichen Wunsch zu helfen nähern, andere Interessen verfolgen« – offenbar eine Bezugnahme auf die umstrittene Rolle der Gebernationen bei der wirtschaftlichen Neo-Kolonisierung von Moçambique. Aber auch ein Hinweis auf den aktuellen Kreditkandal, in den Frelimo-Politiker involviert sind (INDABA 95/17): Es sei gefährlich, zu glauben, daß die Korruption in Politik und Staatsverwaltung der Preis für Unterstützung von außen sei. Der Kirchenführer beklagte weiter, daß viele Menschen in dem ostafrikanischen Land trotz des Reichtums an Bodenschätzen noch immer unterhalb der Armutsgrenze leben müßten.

An der Messe nahmen Staatspräsident Filipe Nyusi sowie der neue Chef der oppositionellen Renamo, Ossufo Momade, teil. Ob die Botschaft des Papstes bei ihnen auf fruchtbaren Boden fallen wird, sei ebenso dahingestellt wie die Frage, ob es wirklich weise war, den Besuch mitten im Wahlkampf anzusetzen.



## ... bücher ...

M. X. Mai, **Tränen der Kalahari** (Polemi, bookshouse, 2019). 283 S.



Gelegentlich bin ich in Paris den Spuren von Nestor Burma gefolgt, des Privatdetektivs in den Büchern von Léo Malet. Oder bin ich in Venedig den Commissario Brunettis abgegangen. M. X. Mai – der Name ist ein Pseudonym – macht mir in dieser Kriminalstory Lust, dasselbe einmal in *Ghanzi* zu tun, einer Kleinstadt im Westen Botswanas. Kommissarin Sana Bob würde ich ins Einkaufszentrum namens *Green Mall* folgen, das nur aus einem Bottle Store, dem »I love my Shoes Hair Salon«, immerhin einer Buchhandlung und einer chinesischen Greißlerei besteht. Oder in den »*Transoasis Cash & Carry Whole Sale*« oder, als Alternative, in die etablierten Supermärkte wie *Ghanzi Spar*, *Choppies* etc.

Von der belebten Hauptstraße aus, auf der sich Tswana, Basarwa-San und ausländische Touristen tummeln, würde ich in den Nxabae-Weg einbiegen, benannt nach einer taubstummen Frau, die sich früher dort aufgehalten haben soll. Nr. 18 ist das Häuschen, das Sana mit ihrer Freundin Dinah bewohnt. Und dann gibt es in Ghanzi noch das *Kalahari Arms Hotel*, weiters natürlich eine Polizeistation, einige Schulen sowie das Gefängnis, welches von manchen gemeinweise das »Buschmannhotel« genannt wird. Und in der Umgebung von Ghanzi, der Kalahari mit ihrem rötlichen Sand und den Schirmakazien am Horizont, würde ich etliche Farmen

im Besitz eingewanderter Weißer besuchen, darunter auch die von Herrn Bancroft mit einer ehemaligen Kiesgrube, auf der die Firma *Trackfinder* die sog. Bushman Walks organisiert. Womit wir auch schon beim Thema sind: Denn im Verlauf einer solchen Veranstaltung wird durch Zufall eine Leiche entdeckt ...

M. X. Mai kennt offensichtlich nicht nur Ghanzi sehr gut, sondern ist auch kulturanthropologisch versiert und Experte (oder Expertin?) für die Lebensweise der San. Anhand des klassischen Schemas – Mord und Entlarvung des Täters – führt er oder sie uns Leser/innen die unterschiedlichen, voneinander abgeschotteten Milieus des kleinstädtischen Botswana vor Augen: eine tswana-zugehörige Mittelschicht, die marginalisierten San (die Kommissarin hat als eine von wenigen einen bemerkenswerten Aufstieg geschafft) oder die zum Teil hochverschuldeten Buren. Nicht nur junge Erwachsene beginnen, diese auf Tradition und/oder Rassismus beruhenden Abgrenzungen zu überwinden – wie Sana Bobs Freunde Tebo Chapota und Jan Cloete. Schon Robert Bancroft hatte seinerzeit eine Basarwa geheiratet, sehr zum Mißfallen vieler. War das der Grund für seine Ermordung?

Herr oder Frau M. X. Mai ist mit den Ambivalenzen des Ethnotourismus (INDABA 87/15) offensichtlich vertraut: Hier ein Bushman Walk, dort ein Straußentanz. Sein/ihr Roman zeigt uns aber einen Blick hinter diese Kulissen. Als Leser/innen lernen wir viel über Kultur und Lebensform der heutigen San, und doch wird die Grenze zum Fachbuch nur selten überschritten. Stilistisch gut geschrieben schreitet die Lösung des Kriminalfalls zügig voran, weist aber selten spektakuläre Höhepunkte auf. Erst gegen Endes des Buches zeigt uns der

Autor/die Autorin, daß er/sie sehr wohl in der Lage ist, unseren Adrenalinpiegel unerwartet zu steigern. Bei einem zweiten Sana Bob-Roman könnten solche Aufreger vielleicht öfter eingebaut werden. Und man würde auch gerne wissen, in welche private Richtung sich Sana entscheidet. Wird es etwas mit Tebo oder mit Jan? Oder doch weiter mit Dinah?

Das Geheimnis der Identität von M. X. Mai wird im übrigen auf dem Vorsatzblatt des Buches gelüftet. Er oder sie ist im Umkreis von SA-DOCC nicht unbekannt. Aber Sie werden verstehen: Mehr will ich hier nicht verraten.

Walter Sauer

Elisa Frei, **Ethnologische Museen im 21. Jahrhundert. Eine vergleichende Fallstudie des Berliner Ethnologischen Museums im Humboldt-Forum und des Weltmuseums Wien in der Neuen Burg** (ÖFSE Forum 68, Wien 2019). 165 S.

Mit der Veröffentlichung dieser Masterarbeit trifft die *Österreichische Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung* einen Nerv der Zeit: Auch in Österreich hat die vom französischen Staatspräsidenten beauftragte Studie von Bénédicte Savoy und Felwine Sarr einen Prozeß des Nachdenkens über außereuropäische Kunstwerke in heimischen Museen wenn schon nicht in Gang gesetzt, so doch verstärkt.

Die bevorstehenden Veranstaltungen des Bundeskanzleramts, beginnend mit einem Workshop am 17. Oktober, legen Zeugnis dafür ab. Elisa Frei vergleicht die beiden genannten Museen hinsichtlich ihrer »Vergangenheitsbewältigung« und plädiert für eine Neuorientierung der musealen Beziehungen Europas zu Afrika.

## ... sadocc news ...

### Abstimmung über Südafrika.

Wir wollten den Mandela-Tag in der Seestadt ja nicht noch um einen Programmpunkt verlängern – daher hier, wie versprochen, das Ergebnis der »Abstimmung über Südafrikas Zukunft«. Was wünschen die Teilnehmer/innen der Kulturwanderung dem Land am Kap?



Spitzenreiter sind Themen, die sich auf einen Ausgleich der schroffen sozialen Gegensätze und die Verringerung der Armut beziehen – also die soziale Frage (19 Nennungen in verschiedenen Formulierungen). An zweiter Stelle (17) wird die Wichtigkeit von Bildung und Chancengleichheit betont. Es folgen Hinweise auf Korruption und »state capture« (14) sowie auf die Notwendigkeit von Versöhnung, Traumabewältigung und ein Ende der Gewalt (11).

Viele Hoffnungen bezogen sich auf wichtige Einzelfragen wie die Schaffung von Arbeitsplätzen, bessere Gesundheitsversorgung, Landreform, die Lösung der Wohnungskrise etc. Mehrfach wurden ungerechte Handelsbeziehungen, insbes. mit der EU, angesprochen und mehr Unterstützung bzgl. des Klimawandels. Vereinzelt wurden auch langfristige Visionen formuliert wie eine neue internationale Wirtschaftsordnung oder die Vergesellschaftung der Ressourcen des Landes. Insgesamt wurden 67 »Stimmzettel« abgegeben mit zum Teil zahlreichen und ausführlichen Stellungnahmen – herzlichen Dank dafür!

## Forum Südliches Afrika

**Donnerstag, 17. Oktober 2019, 19.00 Uhr**

Ort: SADOCC, Favoritenstraße 38/Stiege 18/1, 1040 Wien

### DRINKING APARTHEID

»Weiße« Bars, Bierhallen, Shebeens und »offene Orte« in Namibia als Stätten der Inklusion und Exklusion von der Kolonialzeit bis heute.

**Erich Maislinger (Salzburg)**

Gaststätten jeglicher Art sind ambivalente Orte: Aufgrund ihres öffentlichen Charakters stehen sie zwar theoretisch allen erwachsenen Menschen offen, in der Realität unterliegen sie aber trotz ihrer vorrangigen Funktion der sozialen Zusammenkunft immer auch verschiedensten Beschränkungen. Aufgrund der Geschichte haben sich in Namibia recht unterschiedliche Orte des Trinkens entwickelt, welche die Trennung der verschiedenen Bevölkerungsteile widerspiegeln. Der Vortrag konzentriert sich daher auf einige spezielle Gebäudetypen, die in Namibia von Bedeutung sind oder waren: die Einrichtungen der Deutschen (meist als Hotel, Restaurant, Kasino bezeichnet), die von der südafrikanischen Administration installierten Bierhallen, Shebeens und Cucas-Shops der schwarzen und farbigen Bevölkerung sowie einige seit der Unabhängigkeit entstandene Orte, innerhalb derer Hautfarbe keine Rolle mehr spielt und ein unproblematisches Zusammenkommen möglich ist.

Erich Maislinger hat in Salzburg ein Lehramtsstudium in Deutsch und Geschichte abgeschlossen, sein Vortrag basiert auf seiner Diplomarbeit.

### 2020: 30 Jahre Namibia



### Veränderungen im diplomatischen Corps.

Der neue südafrikanische Botschafter in Österreich, Rapu Molekane, überreichte am 10. Juli 2019 sein Beglaubigungsschreiben an Bundespräsident Alexander Van der Bellen.

# IMPRESSIONEN VOM nelson mandela day



Fotos von  
Sonja Bachmayer

Österreichische Post AG  
Info.Mail Entgelt bezahlt

Verlagsadresse:  
1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1

Retouren an A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1

.....

***Beitreten.***  
***Anpacken.***  
***Mitgestalten.***  
***Jetzt!***

***Jetzt Mitglied werden!***  
***[www.vida.at/mitgliedwerden](http://www.vida.at/mitgliedwerden)***



WIR LEBEN GEWERKSCHAFT **vida**